

## **MEDIENKONFERENZ SGB-UNIA „KONJUNKTUR-PROGRAMM – BEKÄMPFUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT“ VOM 20. JANUAR 2009**

---

Daniel Lampart, SGB-Chefökonom

### **Düstere Konjunkturaussichten – wirksame Massnahmen sind notwendig**

Die Schweizer Wirtschaft wurde quasi unverschuldet von der Finanzkrise getroffen. Abgesehen von den riesigen Fehlinvestitionen der Grossbanken gab es in der Schweiz weder spekulative Booms noch konjunkturelle Überhitzungserscheinungen. Im Gegenteil: Bereits auf dem für einen Aufschwung rekordhohen Zahl der registrierten Arbeitslosen von 100'000 Personen drohen Stellenverluste und Entlassungen. Die Schweizer Arbeitnehmenden müssen bereits wieder um ihre Stellen bangen, obwohl sie vom Aufschwung kaum etwas gehabt haben. Strukturell ist die Wirtschaft bestens aufgestellt.

Nun braucht es Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Diese verhindern nicht nur soziales Leid, sondern sie sind auch volkswirtschaftlich wichtig. Durch die Rezession droht eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen mit entsprechendem langfristigem Schaden.<sup>1</sup> Denn wenn Arbeitsplätze verschwinden, geht auch Know-how verloren. Es gibt weniger Innovationen.<sup>2</sup> Und wegen dem hoch bewerteten Franken können Exportfirmen Kunden verlieren, die sie später wieder mit grossem Aufwand gewinnen müssen. Wer keine Massnahmen zur Stützung der Konjunktur ergreift, spielt mit der Stärke der Schweizer Wirtschaft.

#### **1. Besorgnis erregende Konjunkturlage**

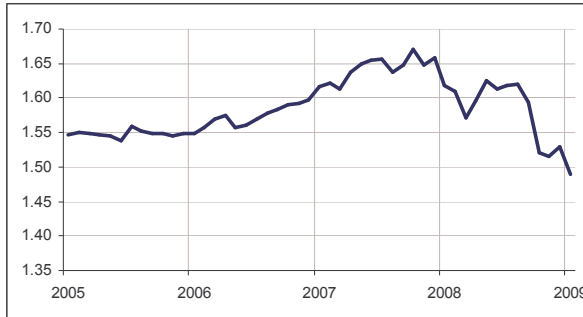
Für die kommenden beiden Jahre ist von einer schwierigen wirtschaftlichen Situation auszugehen. Wenn keine wirksamen Massnahmen gegen die Krise ergriffen werden, werden sich die Probleme der Exportwirtschaft rasch auf die Binnenwirtschaft übertragen. Die Absatzprobleme von Teilen der Industrie (Maschinenindustrie, Autozulieferer etc.) aufgrund von Produktionsstopps im Ausland haben sich durch die Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro von über 10 Prozent noch verschärft. Der starke Franken wird die Schweiz als Reiseziel für ausländische Touristen weniger attraktiv machen, was die Hotellerie spüren wird. Wenn der Franken weiterhin so stark bleibt, wird nur schon diese Aufwertung alleine die Schweiz gemäss Modellsimulationen des SGB im laufenden Jahr über 40'000 Arbeitsplätze kosten.

---

<sup>1</sup> Zum Zusammenhang zwischen Konjunkturpolitik und längerfristigem Wirtschaftswachstum s. Aghion, Ph. et al. (2006): Cyclical Budgetary Policy and Economic Growth: What Do We Learn from OECD Panel Data?

<sup>2</sup> Eine Studie der KOF ETH Zürich hat gezeigt, dass aufgrund der langen Stagnation der 1990er Jahre die Innovationsaktivität der Firmen in Mitleidenschaft gezogen wurde (s. Arvanitis, S. et al., 2005, Forschungs- und Technologiestandort Schweiz: Stärken-/Schwächenprofil im internationalen Vergleich, Bern).

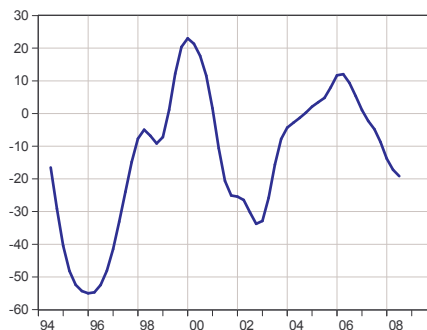
### Franken/Euro-Kurs



Bereits im Dezember nahm die konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat um über 4500 Personen zu. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wird Spuren in der Binnenwirtschaft hinterlassen. Wenn die Unternehmen weniger Personal brauchen, nimmt die Lohnsumme weniger stark zu oder sinkt sogar. Dieser Ausfall an Kaufkraft wird von den Leistungen der Arbeitslosenversicherung nur teilweise kompensiert. Branchen, die von der Binnenkaufkraft abhängig sind und viele Leute beschäftigen wie der Handel, das Gastgewerbe oder die Branchen Verkehr, Kommunikation werden unter Absatzschwierigkeiten leiden, was einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge haben wird.

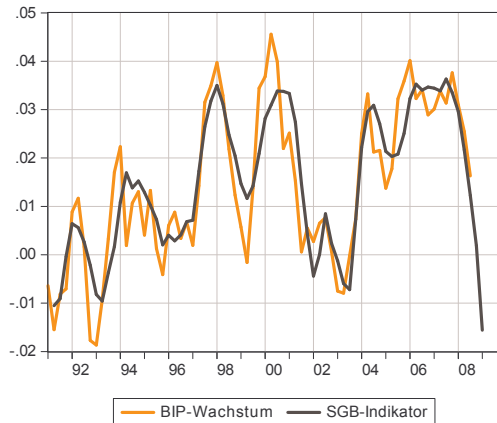
Auch was den Bau betrifft, muss mit einer Verschlechterung gerechnet werden. Zurückhaltung bei der Einstellung von neuem Personal oder sogar Stellenabbau im Dienstleistungssektor führt zu einem geringeren Bedarf an Geschäftsflächen. Im Wohnungsbau dürften sich die schwächere Immigration und die aufgrund der höheren Arbeitslosigkeit schwindende Kaufkraft negativ auswirken. Diese negativen Einflussfaktoren können durch die sinkenden Hypozinsen zwar gemildert, aber nicht kompensiert werden. Die Auftragserwartungen im Bau sind bereits deutlich gesunken.

### Erwarteter Auftragseingang in der Bauwirtschaft (Saldo gemäss KOF-Umfrage)



Gemäss SGB-Indikator muss im 1. Quartal 2009 mit einem deutlichen BIP-Rückgang gerechnet werden (Veränderung geg. Vorjahr).

## SGB-Konjunkturindikator und BIP-Wachstum



Insgesamt muss bis Ende 2010 mit einer Arbeitslosigkeit von rund 200'000 Personen gerechnet werden. Der SGB geht davon aus, dass das BIP 2009 um 1.2 Prozent schrumpfen und 2010 nur um 0.3 Prozent wachsen wird.

### Konjunkturprognose SGB

(Veränderung geg. Vorjahr in % bzw. Niveau bei Arbeitslosenquote)

|  | 2009 | 2010 |
|--|------|------|
| BIP                                    | -1.2 | 0.3  |
| Beschäftigung<br>(Vollzeitäquivalente) | 0.0  | -0.7 |
| Teuerung<br>(Landesindex)              | 0.4  | 0.5  |
| Arbeitslosenquote                      | 3.3  | 4.5  |

## 2. Massnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur

Diese düsteren Konjunkturaussichten erfordern Gegenmassnahmen, wie das in der Bundesverfassung (Art. 100) für den Staat und dem Nationalbankgesetz (Art. 5) für die Nationalbank vorgeschrieben ist. Wichtig ist, dass die Massnahmen zielgerichtet sind und schnell wirksam werden sowie volkswirtschaftlich und sozial sinnvoll sind. Auch die Arbeitgeber müssen einen substanziellen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten. Nachdem sie im Aufschwung von ihren Belegschaften profitiert haben, sollen die Firmen auch in schlechteren Zeiten zu ihrem Personal stehen.

Bei Ausbruch der Krise war die Schweizer Wirtschaft strukturell in bester Verfassung. Durch die Rezession droht eine Verschlechterung dieser Position. Wenn Stellen abgebaut werden, geht in den Firmen Know-how verloren. Die verschlechterte Auftragslage führt zu einer geringeren Innovationsaktivität. Ohne Gegenmassnahmen kann die Schweizer Wirtschaft längerfristigen Schaden nehmen.

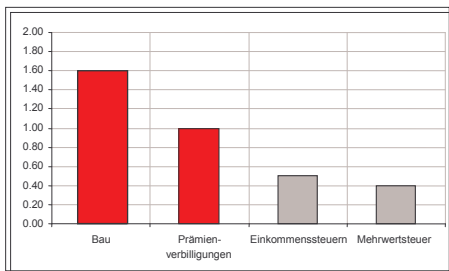
Zur Bekämpfung der Krise und der Arbeitslosigkeit schlägt der SGB deshalb vier Massnahmenbündel vor:

- Weiterbildungsoffensive statt Entlassungen
- Öffentliches Investitionsprogramm für ökologischen Umbau und bessere Kinderbetreuung
- Stärkung der Kaufkraft von tiefen und mittleren Einkommen
- Bekämpfung der Frankenstärke

Eine Zusammenstellung der ökonometrischen Untersuchungen für die Schweiz zeigt, dass Senkungen der Einkommenssteuern ungeeignet sind, um die Konjunktur zu stabilisieren. Von ihnen profitieren vor allem hohe Einkommen, die einen grossen Teil der Steuerersparnisse auf die hohe Kante legen. Auch eine Senkung der Mehrwertsteuer ist verlorenes Geld. Weil ein Teil der Reduktion von den Unternehmen nicht weitergegeben wird, bleiben von einem Franken Steuerreduktion höchstens 50 Rappen im Wirtschaftskreislauf. Geeignet sind hingegen öffentliche Investitionen und Massnahmen, die die Kaufkraft der tieferen Einkommen stärken. Ein so investierter Franken bringt einen konjunkturellen Mehrertrag von einem Franken und mehr.

### Wirkung von öffentlichen Konjunkturprogrammen

(1 Fr. staatliche Mittel löst x Fr. BIP aus)



Quellen: KOF, SGB-Dossier Nr. 62

Mittel für Konjunkturprogramme sind ausreichend vorhanden. Der Bund hat allein in den Jahren 2007 und 2008 mit Überschüssen in der Grössenordnung von zusammen voraussichtlich 8.7 Mrd. Fr. abgeschlossen. Auch die Kantone haben schwarze Zahlen geschrieben. Zudem sitzen sie auf stillen Reserven in Milliardenhöhe. Investitionsprogramme lohnen sich unter dem Strich auch für die öffentliche Hand. Denn wenn in schlechten Zeiten investiert bzw. gebaut wird, sind die Preise tiefer, und Bund, Kantone und Gemeinden erhalten die gleichen Leistungen zu geringeren Kosten. Auch in den meisten Unternehmen ist genug Geld vorhanden, um das Personal weiter zu beschäftigen. Die Kassen konnten im Aufschwung gefüllt werden. Beispielsweise haben die an der Börse kotierten Unternehmen der Maschinenindustrie ihr Eigenkapital pro Million Franken Bilanzsumme von 2003

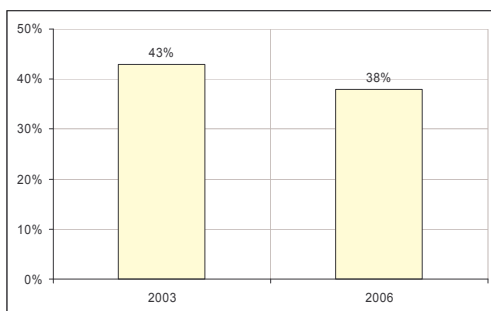
bis 2007 um fast 200'000 Franken erhöht. Wenn die konjunkturelle Lage keine andere Wahl lässt, können die Unternehmen zudem Kurzarbeit einführen

### Weiterbildungsoffensive statt Entlassungen

Während der guten Konjunkturlage fehlte oft die Zeit für Weiterbildung. Der Anteil der Erwerbstätigen zwischen 25 und 64 Jahren, welche an Weiterbildungskursen teilgenommen haben, ist zwischen 2003 und 2006 von 43 auf 38 Prozent gesunken.<sup>3</sup> Unterdurchschnittlich beteiligt sind insbesondere Personen, die keine spezialisierten Arbeiten ausführen oder keine Kaderfunktion haben. 2006 gaben mehr als 50 Prozent der Personen im Rahmen einer Befragung durch das BFS an, sie seien durch die Arbeitsbelastung in ihrer Weiterbildungsaktivität behindert.<sup>4</sup>

### Teilnahme an Weiterbildungskursen

(Erwerbstätige zwischen 25 und 64 Jahren)



Im Abschwung geht nun die Arbeitsbelastung zurück. Die Zeit für Weiterbildung ist vorhanden. Mit einer Weiterbildungsoffensive können nicht nur Arbeitsplätze erhalten werden, sondern die Schweizer Wirtschaft kann sich damit für die Zeit nach der Krise stärken, wodurch die Arbeitslosigkeit mittelfristig sogar sinken dürfte. Die Unternehmen dürfen jetzt keine Entlassungen vornehmen, sondern sie sollen ihre Belegschaften weiterbilden. Bund und Kantone müssen das unterstützen, indem sie die verfügbaren Mittel in der Arbeitslosenversicherung sowie in kantonalen Fonds etc. rasch und unbürokratisch freigeben. Allenfalls braucht es eine Aufstockung. Der Bundesrat muss die maximale Dauer für Kurzarbeit von 12 auf 18 Monate erhöhen (die Details zur Weiterbildungsoffensive finden sich in einem separaten Dokument dazu).

### Öffentliches Investitionsprogramm für ökologischen Umbau und bessere Kinderbetreuung

Um ein starkes Absinken der Auftragsbestände in den Firmen der Binnenwirtschaft zu verhindern, braucht es ein Investitionsprogramm mit einem Umfang von mindestens einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes (5 Mrd. Fr.). Mit diesem Investitionsprogramm (für Details s. separates Dokument) sollen die öffentliche Infrastruktur sowie die öffentlichen Gebäude modernisiert werden. Die Umweltprobleme (Klimawandel) erfordern umfangreiche Investitionen in den öffentlichen Verkehr sowie eine effiziente Nutzung von Energie – auch in Schulen, Spitälern und

<sup>3</sup> BFS (2007): Teilnahme an Weiterbildung in der Schweiz, Neuchâtel.

<sup>4</sup> BFS (2008): Personnes empêchées de participer à la formation continue, Neuchâtel.

Verwaltungsgebäuden. Weitere Investitionen sind für den Ausbau von Krippen und Tagesschulen notwendig.

### **Stärkung der Kaufkraft**

Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit führt zu einer Schwächung der Kaufkraft. Dagegen braucht es Massnahmen zur Stärkung in der Grössenordnung von 2 Mrd. Fr. Die Verbilligungen bei den Krankenkassenprämien müssen von den Kantonen erhöht werden. Die Lücke, welche in den letzten Jahren zwischen Prämien und Prämienverbilligungen aufgegangen ist, muss geschlossen werden (500 Mio. Fr.). Weiter braucht es eine Erhöhung der Kinderzulagen auf 250 Fr. bzw. 300 Fr. für Kinder in beruflicher Ausbildung (600 Mio. Fr.). Kantonal- und Raiffeisenbanken haben mit über 20 Mrd. Fr. an Neugeldern im letzten Jahr von der Krise profitiert. Bis die Bevölkerung von tieferen Hypothekarzinsen profitieren kann, dauert es hingegen noch Monate. Diese Banken müssen ihre Hypozinsen schneller senken (eine Senkung um 0.5 Prozentpunkte entlastet die Haushalte um rund 1.2 Mrd. Fr.).

### **Bekämpfung der Frankenstärke**

Wie eingangs erwähnt sind die Auswirkungen der Frankenaufwertung schwerwiegend. Wenn der Franken weiterhin so stark bleibt, wird das die Schweiz im laufenden Jahr gegen 40'000 Arbeitsplätze kosten. Die Nationalbank muss daher die Frankenstärke bekämpfen und dafür sorgen, dass der Franken gegenüber dem Euro wieder günstiger wird. Sie muss die Kurzfristzinsen weiter senken und vermehrt auch die Zinsen am längeren Ende beeinflussen. Darüber hinaus gibt ihr das Nationalbankgesetz weitergehende Kompetenzen. Weitere Massnahmen gegen den hoch bewerteten Franken sind: Devisengeschäfte mit der Europäischen Zentralbank (z.B. über Swaps); direkte Intervention auf den Devisenmärkten (Kauf von Euro gegen Franken); diverse Termingeschäfte. Oft hilft es bei den Devisenmärkten bereits, wenn eine Nationalbank Klartext redet. Wenn die Nationalbank-Spitzen in nächster Zeit betonen, dass sie den Franken für zu hoch bewertet halten, kann das deshalb zur Entlastung der Schweizer Wirtschaft beitragen.